

DIE LINKE
Partei vorstand

EINGEGANGEN AM 11. SEP. 2009

DIE LINKE.

Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Zentralrat der Muslime in Deutschland
Vorsitzenden Dr. Ayyub A. Köhler
Steinfelder Gasse 32

Telefon: 030 / 24009 520
Fax: 030 / 24009 310

50670 Köln

bundesgeschaeftsfuehrer@die-linke.de
www.die-linke.de

Berlin, 7. September 2009

Wahlprüfsteine 2009

Sehr geehrte Herr Dr. Köhler,

Sie haben sich mit Schreiben vom 19. August an den Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN mit der Bitte um Beantwortung der Wahlprüfsteine des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V. gewandt.

In der Anlage übersende ich Ihnen hiermit die Antworten der Partei DIE LINKE auf diese Wahlprüfsteine.

Freundliche Grüße



Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer

Anlage

Wahlprüfstein DIE LINKE

Zentralrat der Muslime in Deutschland
Steinfelder Gasse 32
50670 Köln

Die Muslime in Deutschland sind unterdessen für die Parteien auch als Wähler interessant geworden. Unser Verband bekommt jetzt häufig Anfragen, welche Partei sie als Muslime wählen sollten. Der ZMD verhält sich dabei politisch neutral. Wir möchten aber den Muslimen Orientierung bieten und verschicken deswegen an die Vorstände der sechs großen im Bundestag vertretenden Parteien Fragen, die für die Muslime und ihre Wahlentscheidung wichtig sind. Wir wollen dann die Antworten der Parteien in einer Übersicht in Form von Wahlprüfsteinen den Muslimen für ihre Wahlentscheidung als Orientierungshilfe zur Verfügung stellen.

I. Fragen zur Entwicklung des Islam in Deutschland

1. Setzt sich Ihre Partei für den zügigen Aufbau von Islamischen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen insbesondere zur Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein?

DIE LINKE setzt sich für die Religionsfreiheit aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Jeglicher Glauben und Nichtglauben ist als Privatsache gleichermaßen zu respektieren. Wir sind zugleich für eine strikte Trennung von Religion und Staat, der sich gegenüber allen Religionen neutral zu verhalten hat.

Staatliche Aufgabe ist es, in den Schulen Werte und Normen des Zusammenlebens in einer offenen, demokratischen Gesellschaft zu vermitteln. Dazu gehört auch, über unterschiedliche Kulturen und Religionen aufzuklären und für ihre Gleichberechtigung im Rahmen der Gesetze einzutreten. Dies soll nach unserer Auffassung in einem für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Ethikunterricht geschehen, in dem gemeinsam über ethische Normen und Werte – religiöse wie nicht-religiöse – diskutiert werden kann. Ein konfessioneller Religionsunterricht an Schulen soll darüber hinaus als Wahlfach angeboten werden, wobei keine Glaubensrichtung bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

Da es dem Staat nicht gleichgültig sein kann, was an den Schulen gelehrt wird, treten wir für anerkannte Studiengänge nicht nur für Rabbiner und Theologen, sondern auch für die Ausbildung von Imamen und die Einrichtung entsprechender Lehrstühle an den Hochschulen zur Aus- und Fortbildung der muslimischen Religions-Lehrerinnen und Lehrer ein.

2. Unterstützt Ihre Partei gleichermaßen die Errichtung von eigenen Bildungseinrichtungen der Muslime'?

DIE LINKE respektiert die gesellschaftliche Verankerung von Religionen. Soweit diese soziale und kulturelle Aufgaben übernehmen, soll dies im Rahmen der Gesetze bei vergleichbaren Sachverhalten allen Religionen gleichberechtigt möglich sein.

3. Befürwortet Ihre Partei den Bau von Moscheen auch in deutschen Innenstädten?

Selbstverständlich sollen Muslime dort, wo sie leben – und dies ist häufig in den Innenstädten –, Moscheen errichten und besuchen können, wenn sie dies möchten. Natürlich müssen dabei auch städtebauliche und rechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Diese dürfen jedoch nicht als Vorwand dafür dienen, Moscheen in die Hinterhöfe verbannen zu wollen. Gläubigen Muslimen steht als Teil unserer Gesellschaft eine angemessene öffentliche Präsenz zu.

II. Fragen zur Islampolitik

1. Hat Ihre Partei ein eigenes Konzept für eine in sich schlüssige Islampolitik?

DIE LINKE ist eine pluralistische Partei, und zum Umgang mit dem Islam – bzw. vielmehr: mit den Religionen – gibt es im Detail unterschiedliche Auffassungen. Gemeinsame Überzeugung der LINKEN ist es jedoch, dass der Islam im Rahmen des säkularen Rechtsstaats nicht gegenüber anderen Religionen benachteiligt werden darf. Diese religiöse Neutralität des Staates gilt es unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft zu wahren.

2. Sollte sich der Staat in Bund und Ländern seine muslimischen Ansprechpartner selbst zusammenstellen oder soll er mit dem legitimierten Koordinationsrat der Muslime (KRM), der bis zu 85 Prozent der Islamischen Gemeinden in Deutschland vertritt (eine andere Spitzenvertretung gibt es nicht), verhandeln?

Die Frage nach „muslimischen Ansprechpartnern“ ist angesichts der Dezentralität und Pluralität der islamischen Religion eine objektiv schwierige. Der Koordinationsrat der Muslime ist ohne Zweifel ein wichtiger und zentraler Ansprechpartner, soweit es die organisierten Muslime betrifft. Allerdings, dies hat die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ erbracht, sind nur etwa 20% aller Muslime in Deutschland in religiösen Vereinen und Gemeinden organisiert, und nur etwa 25% fühlen sich ohne Einschränkung von den auf der Islamkonferenz vertretenen Verbänden repräsentiert (dass sich auch nicht alle Christinnen und Christen von den Kirchen vertreten fühlen, sei hier nur angemerkt).

Die Frage, wer auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene „muslimischer Gesprächspartner“ sein sollte, muss unseres Erachtens immer danach entschieden werden, über was konkret gesprochen und worüber verhandelt werden soll.

3. Bevorzugt oder privilegiert Ihre Partei einen der vier im KRM vertretenden Verbände?

Nein. Generell begrüßen wir es jedoch, wenn sich religiöse Verbände, die in Deutschland beheimatet sind und für hier lebende Muslime agieren, nicht vorrangig über die (ehemaligen) Herkunftsländer der Betroffenen definieren – diese Bindungen werden ohnehin von Generation zu Generation schwächer werden. Ein säkulares Staats- und Gesellschaftsverständnis sollte von allen religiösen Verbänden geteilt werden.

